

Johannes Platz

»Die White Collars in den Griff bekommen«

Industrieangestellte im Spannungsfeld sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik

Die gesellschaftliche Stratifizierung geriet in der jungen Bundesrepublik Deutschland in Bewegung. Die wirkungsmächtigste Deutung der Umschichtungsprozesse in den 1950er Jahren lieferte Helmut Schelsky mit seinem Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«. Der kollektive gesellschaftlichen Aufstieg der Industriearbeiter und der als individuell wahrgenommene, dennoch schichtenspezifisch vermittelte Aufstieg der technischen Angestellten und der Verwaltungsangestellten, verbunden mit Abstiegsprozessen des Bildungs- und Besitzbürgertums führe, so der Kern von Schelskys These, zu einer Entdifferenzierung und Nivellierung in der Gesellschaft.¹ Diese These schürte Ängste vor einer Einebnung gesellschaftlicher und beruflicher Privilegien, insbesondere bei einem Teil der Angestelltenschaft, vormals getrennt durch die ›Kragenlinie‹ von der Arbeiterschaft. Gleichzeitig nahmen die Zahl der Angestellten in der Industrie und ihr prozentualer Anteil im Reservoir der Arbeitnehmer zu.

Sowohl die Bundesregierung als auch die beiden um die Organisation der wachsenden, jedoch schwierig gewerkschaftlich zu bindenden Angestelltengruppe konkurrierenden Gewerkschaften, die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), nahmen sich des Themas an. Eine besondere Rolle nahmen im wissenschaftlichen Feld die Beiträge der Angestelltensoziologie ein, die von den verschiedenen politischen Akteuren in Auftrag gegeben wurden. Insgesamt markierten diese unterschiedlichen Auftragsstudien der Angestelltensoziologie den Versuch, die »White Collars in den Griff zu bekommen«, wie Helmuth Plessner auf dem Soziologentag 1959 in Berlin bemerkte.² Der vorliegende Aufsatz geht dem Beitrag konkurrierender Soziologengruppen im Kampf um die Definitionshoheit über den Angestelltenstatus nach. Da diese Studien besonders die Industrieangestellten in den Blick nahmen, stehen sie im Zentrum der Argumentation dieses Aufsatzes.

Die Verwendung sozialwissenschaftlichen Deutungswissens im Feld der gewerkschaftlichen Politik ist ein bedeutendes Fallbeispiel für den Prozess der »Verwissenschaftlichung des Sozialen«.³ Im Anschluss an diesen Forschungsansatz wird danach gefragt, inwiefern Sozialwissenschaftler im gewerkschaftlichen Bereich und in der von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beeinflussten Politik Raum griffen und inwiefern die Ansätze, die wissenschaftliche Experten im Kampf um gesellschaftliche Deutungsmacht boten, Bedeutung erlangten. Denn es waren konkurrierende Expertengruppen, deren Wissen und Expertise nachgefragt wurden. Schließlich ist nach den Prozeduren und Effekten organisatorischen Lernens am Beispiel der DGB-Gewerkschaften zu fragen.⁴ Wie wurden

1 Helmut Schelsky, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft [1953], in: *ders.*, Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965, S. 331–336, hier: S. 332.

2 In Anlehnung an ein Zitat Hellmuth Plessners, Ansprache des Präsidenten der Gesellschaft, in: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin, Stuttgart 1959, S. 13.

3 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193.

4 Eine wichtige parallele Entwicklung im Feld der Politik untersuchte Anja Kruke am Beispiel der SPD, in der die Demoskopie in den 1950er Jahren Raum griff und sich in den 1960er Jahren pro-

wissenschaftliche Erkenntnisse an gewerkschaftsinterne politische Experten und an Multiplikatoren im Apparat vermittelt? Wie wurde die Interaktion zwischen Wissenschaftlern und Praktikern im DGB konkret organisiert?

Der Aufsatz gliedert sich wie folgt: Auf eine Skizzierung des Forschungsstands zur Geschichte der Industrie- und Betriebssoziologie (I) und des methodischen Vorgehens (II) folgt eine allgemeine Einführung in die Geschichte der Industriosozologie und ihrer Bedeutung als Expertenwissen in der jungen Bundesrepublik (III), woran sich die eigentliche Fallstudie anschließt (IV).⁵

Die Fallstudie untersucht die konkurrierenden Beiträge der Angestelltensoziologie in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik. In einem ersten Schritt wird die breit gefächerte, durch eine Kampagne der DAG bewirkte Kommissionstätigkeit im Sonderministerium von Hermann Schäfer (1954) untersucht, die sich mit der »Unterbewertung der geistigen Arbeit« beschäftigt. Daran schließt die Darstellung der Bemühungen der Gesellschaft für sozialen Fortschritt zur »Neuabgrenzung von Angestellten und Arbeitern« an, die in einem Expertengremium aus Wissenschaftlern, darunter Juristen, und den Sozialpartnern, also mit Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, in der Frage beriet, inwiefern hierarchisierende und strukturierende Maßnahmen der von Schelsky diagnostizierten Nivellierung entgegenwirken könnten. In einem dritten Schritt der Fallstudie wird die »Angestelltenmentalität« als Form gewerkschaftlichen Denkens in den Blick genommen, die in den industriosozologischen Studien am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) des DGB ins Zentrum des Interesses und der wissenschaftlichen Politikberatung gerückt wurde.

I. ZUM FORSCHUNGSSTAND

Die Angestelltensoziologie bediente sich in erster Linie der Methoden und Ansätze der Industriosozologie, daher werden hier der Forschungsstand und ihr disziplinäres Umfeld als Kontext der anschließenden Untersuchung dargestellt.

Die erfahrungsgeschichtlich orientierte Untersuchung von Bernd Parisius bewertet die Befunde zeitgenössischer industriosozologischer Untersuchungen der 1950er Jahre, vor allem der Sozialforschungsstelle Dortmund, vor dem Hintergrund lebensgeschichtlicher Interviews, die er mit Arbeitern Anfang der 1980er Jahre geführt hat, äußerst skeptisch.⁶ Dabei berücksichtigt Parisius nicht, dass gerade die Erfahrungsdimension in frühen Ansätzen der teilnehmenden Beobachtung große Beachtung fand. Dahingegen stützen sich jüngere unternehmensgeschichtliche Untersuchungen in großem Umfang auf diese Ergebnisse und halten den vorgebrachten Einwänden die methodische Innovation und Strenge der klassischen Studien der westdeutschen Industriosozologie entgegen.⁷ Dabei wird be-

fessionalisierte; vgl. *dies.*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007, insb. S. 168–311.

5 Einen Überblick über das Verhältnis von Angestelltengeschichte zur Angestelltensoziologie gibt *Werner Mangold*, Angestelltengeschichte und Angestelltensoziologie in Deutschland, England und Frankreich, in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Angestellte im europäischen Vergleich, Göttingen 1981, S. 11–38.

6 *Bernd Parisius*, Arbeiter zwischen Resignation und Integration. Auf den Spuren der Soziologie der 50er Jahre, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960, Bonn 1983, S. 107–147.

7 Vgl. *Horst A. Wessel*, Soziologische Forschung und Alltagserfahrung in einem Industrieunternehmen. Ein Forschungsprojekt des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den 1950er Jahren, in: *Geschichte im Westen* 17, 2002, S. 76–94; *Johannes Platz*, »Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit. Schon das Wort allein.«. Entstehungsbedingungen und Wirkungen der Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in Werken der Mannesmann AG 1954/1955, in: *Christian Kleinschmidt/Jan-Ottmar Hesse/Karl Lauschke* (Hrsg.), *Kulturalis-*

tont, dass die in der Diskussion stehenden industriesoziologischen Studien der Selbstdeutung der Akteure breite Aufmerksamkeit widmeten. Auch in der vorliegenden Fallstudie spielt die methodische Innovation der Abfrage der Erfahrungsdimension der Industrieangestellten in den Befragungsschemata der Soziologen eine wichtige Rolle.

Die Geschichte der Industrie-, Betriebs- und Organisationssoziologie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik lädt angesichts dieser gegensätzlichen Positionen zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ein, zumal für andere Felder wie etwa das der Parteien und der katholischen Kirche inzwischen praxisorientierte Untersuchungen vorliegen.⁸ In der frühen Phase der 1950er Jahre standen thematisch Mitbestimmungsstudien im Zentrum des Interesses. Das Mitbestimmungsthema und das Problem gewerkschaftlicher Vertretung der Angestellten waren auch für die gewerkschaftliche Angestelltensoziologie bedeutend, nicht zuletzt mit Blick auf die Konkurrenzsituation von DGB und DAG.

Aufschlüsse über die Gruppenbildungs- und Abgrenzungsprozesse im Feld der deutschen Nachkriegsindustriesoziologie bieten die Zeitzeugenaussagen führender Industriesoziologen wie Ludwig von Friedeburg, Peter Atteslander, Heinz Hartmann, Siegfried Braun, Theo Pirker und Burkart Lutz.⁹ Konkurrierende und kooperierende Experten spielen im vorliegenden Fallbeispiel eine wichtige Rolle.

mus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002, S. 199–224.

- 8 Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Christoph Weischer, Das Unternehmen empirische Sozialforschung. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004; vgl. ders., Sozialforschung, Konstanz 2007; Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007; Anja Kruke/Benjamin Ziemann, Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie. Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/1949–1990, in: *Historical Social Research* 21, 2001, S. 171–179; Jens Adamski, Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969, Essen 2009.
- 9 Siegfried Braun, Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Wissenschaft nach 1945, in: Josef Hülsdünker/Rolf Schellhase (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer »engagierten« Disziplin*, Berlin 1986, S. 105–122; Ludwig von Friedeburg, Kooperation und Konkurrenz. Industriesoziologische Forschung in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: *SOFI-Mitteilungen* 1997, Nr. 25, S. 25–31; Theo Pirker, Deutsche Soziologie in Westdeutschland nach 1945, in: Hülsdünker/Schellhase, *Soziologiegeschichte*, S. 223–228; Otto Neuloh, Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung. Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund, Opladen 1983; Burkart Lutz, Was wurde aus dem Kritikpotential der »jungen Generation« der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früherer industriesoziologischer Befunde, in: Rainer Erd/Dietrich Hoß/Otto Jacobi u. a. (Hrsg.), *Kritische Theorie und Kultur*, Frankfurt am Main 1989, S. 336–353; Burkart Lutz, Die Einheit von Biographie und Beruf als Risiko und Chance, in: Karl Martin Bolte/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration*, Baden-Baden 1998, S. 65–84; Peter Atteslander, Soziologische Orientierung – Verantwortung und Ohnmacht der Sozialwissenschaft, in: ebd., S. 131–149; Heinz Hartmann, Wechselhaft mit Aufheiterungen. Erfahrungen mit soziologischen Wetterlagen, in: ebd., S. 353–372; ders., Auf der Suche nach Soziologie, in: Christian Fleck (Hrsg.), *Wege zur Soziologie nach 1945. Autobiographische Notizen*, Opladen 1996, S. 291–309; Heinz Sahner (Hrsg.), *Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter*, Baden-Baden 2000, S. 13–21; Ludwig von Friedeburg, Soziologie als angewandte Aufklärung. Zum Wiederbeginn in den fünfziger Jahren, in: ebd., S. 23–33; Burkart Lutz, Soziologie als Entdeckung, in: ebd., S. 35–43; Heinrich Popitz, Zum Wiederbeginn der Soziologie nach dem Kriege, in: ebd., S. 45–49; Ludwig von Friedeburg, Empirische Sozialforschung am Anfang der Bundesrepublik und die Verknennung ihres demokratischen Potentials, in: Dieter Jaufmann/Ernst Kistler/Klaus Meier (Hrsg.), *Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland*, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 37–45.

Da die amerikanische Human-Relations-Forschung auch Leitbilder für die bundesdeutsche Industriosozologie lieferte, ist die Forschung zu Amerikanisierung und Westernisierung der jungen Bundesrepublik von besonderem Interesse, denn der Human-Relations-Ansatz wurde zentral über US-amerikanische Einflussnahme im Rahmen der *reorientation*-Politik transportiert sowie durch in den USA ansässige Stiftungen unterstützt. Anschlussfähig ist der Ansatz insofern, als die Studien zur Angestelltensoziologie die konkrete Arbeitssituation gerade auch im Hinblick auf die Arbeitserfahrung beleuchteten.¹⁰

Zeitgenössische umfassende Gesellschaftsdeutungen waren der Ausgangspunkt der westdeutschen Angestelltensoziologie. Vor allem die Schelskysche These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Reichweiten und Grenzen dieser These wurden von Hans Braun und Gerhard Schäfer ausgemessen. Hier zeigt sich, dass sie insbesondere im gewerkschaftlichen Spektrum heftige Gegenwehr und Auseinandersetzungen hervorgerufen hat, die im wissenschaftlichen Feld ihren Ausdruck in den vielfältigen Studien zum »Arbeiterbewusstsein« und zur »Angestelltenmentalität« fanden.¹¹ Für die weitere Einordnung ist die Studie Paul Noltes hilfreich, die einen überblicksartigen Durchgang durch die Mittelstandsdiskussion wagt. Freilich blendet Nolte die mannigfaltigen Deutungskämpfe und die diesen zugrunde liegenden Konkurrenzen im wissenschaftlichen Feld und im sozialen Raum, die in der folgenden Fallstudie eine herausgehobene Rolle spielen, weitgehend zugunsten einer schematisierenden Darstellung aus.¹²

II. METHODISCHER ZUGANG ZUM FORSCHUNGSFELD

Der methodische Ansatz der vorliegenden Studie folgt wie bereits erwähnt der These von der »Verwissenschaftlichung des Sozialen«. Darunter ist die dauerhafte Präsenz von Wissenschaftlern und wissenschaftlich ausgebildeten Experten sowie ihrer Konzepte und Deutungen in der gesellschaftlichen Praxis zu verstehen.¹³ Dabei liegt das Hauptaugenmerk im Anschluss an Peter Wagner auf spezifischen Diskurskoalitionen.¹⁴ Dieser Untersuchungsansatz ermöglicht es, eine diskursanalytische und eine akteursanalytische Untersuchungsperspektive zu verbinden, um damit zwischen dem Foucaultschen diskursanalyti-

10 *Bernhard Plé*, *Wissenschaft und säkulare Mission. »Amerikanische Sozialwissenschaft« im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990; *Michael Großheim*, *Die westdeutsche Psychologie nach 1945 – amerikanistische Mode oder exakte Wissenschaft?*, in: *Rainer Zitelmann/Karl-Heinz Weißmann/Michael Großheim* (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Stuttgart 1993, S. 391–419; *Clemens Albrecht/Günter C. Behrmann/Michael Bock* u. a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt am Main 1999; *Anselm Doering-Manteuffel*, *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, in: *AfS* 35, 1995, S. 1–34; *ders.*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; *Axel Schildt*, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999.

11 *Hans Braun*, *Helmut Schelskys Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«*, in: *AfS* 29, 1989, S. 198–223; *Gerhard Schäfer*, *Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren*, in: *Georg Bollenbeck/Gerhard Kaiser* (Hrsg.), *Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III*, Opladen 2000, S. 115–142.

12 *Paul Nolte*, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 351–377.

13 Vgl. *Raphael*, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen*.

14 Vgl. *Peter Wagner*, *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*, Frankfurt am Main 1980.

sehen Ansatz und dem Bourdieuschen feldanalytischen Ansatz zu vermitteln.¹⁵ Wagner geht davon aus, dass die Analyse historischer Diskursformationen, etwa der kognitiven Strukturen der Sozialwissenschaften, spezifischer begrifflicher Elemente, die jeweils miteinander verknüpft sind, ergänzt werden muss durch eine Analyse der konkreten Durchsetzungsbedingungen für die Akteure im Handlungsfeld der ›Macht‹.¹⁶

In Phasen besonders aktiver Interaktion zwischen Akteuren aus dem wissenschaftlichen und dem politischen Feld etablieren sich besondere Interaktionsformen, die Wagner als Diskurskoalitionen bezeichnet. Er versteht darunter das Phänomen, dass

»Sozialwissenschaftler Gesellschaftsinterpretationen [...] schaffen, die die Projekte bestimmter politischer Akteure argumentativ stützen und damit deren Position stärken. Umgekehrt kann die direkte (›wissenschaftspolitische‹) Förderung durch Politiker bestimmten sozialwissenschaftlichen Diskursen zu einer stärkeren Stellung im wissenschaftlichen Feld verhelfen, ebenso wie eine indirekte, eher über die gesellschaftliche Legitimität eines Diskurses vermittelte ›externe‹ Abstützung.«¹⁷

Die Bildung solcher Allianzen und deren Wirksamkeit in beiden Feldern erfolgt nicht ohne Weiteres, sondern sie »ist dabei von der kognitiven Struktur des wissenschaftlichen Projektes, dessen Affinität zu dem politischen Projekt und den Bedingungen der Vermittlung durch die wissenschaftlichen Institutionen abhängig.«¹⁸ Der Begriff der Diskurskoalition hilft, den doppelten Charakter des Phänomens – nämlich das Zusammenwirken von Akteuren über Handlungsfeldgrenzen hinweg und die diskursive und diskursverändernde Natur dieser Interaktion – genauer zu benennen.¹⁹

Der vorliegende Beitrag folgt zwar der Begriffsbildung Wagners, doch zeigen sich bei näherer Betrachtung seines Phasenmodells Unterschiede: Zum einen bedingt durch den mikrohistorischen Zugang der vorliegenden Fallstudie, während Wagner makrohistorisch vorgeht; zum anderen durch unterschiedliche Zeiträume und Gegenstandsbereiche, die in den Blick genommen werden. Die Studie fällt nämlich in den Zeitraum, den Wagner wie folgt umschreibt:

»Die dritte Diskurskoalition vollzieht in der Nachkriegszeit den Übergang von traditionellen – sozial- und geschichtsphilosophisch orientierten – Sozialwissenschaftsverständnissen zu einer empirisch orientierten Gegenwartsbeobachtung auf neopositivistischer Grundlage, in der Politik signalisiert sie den Aufbau des entwickelten interventionistischen Wohlfahrtsstaates.«²⁰

Dies trifft auf den konkreten Untersuchungsfall allerdings nicht zu, da Anwendungsfälle untersucht werden, in denen es auch um Modelle kritischer und daher gerade nicht ausschließlich um solche neopositivistischer Sozialforschung geht, wenngleich diese auch eine gewisse Rolle spielten.

III. INDUSTRIESOZIOLOGIE ALS EXPERTENWISSEN IN DER BUNDESREPUBLIK VON 1950 BIS 1970

Sozialwissenschaftliche Experten im Feld der Politik sowie in den Gewerkschaften und Verbänden, ihr Wissenschaftshandeln und ihre Deutungsmuster bilden den Gegenstand

15 *Pierre Bourdieu*, Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz 1998 (zuerst frz. 1997); *Lutz Raphael*, Diskurse, Lebenswelten und Felder. Implizite Vorannahmen über das soziale Handeln von Kulturproduzenten im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 165–181.

16 Vgl. *Wagner*, Sozialwissenschaften und Staat, S. 23–35.

17 Vgl. ebd., S. 55.

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. ebd., S. 56.

20 Ebd.

dieses Beitrags, der sich ein doppeltes Ziel setzt: erstens die unterschiedlichen Denkstile und Deutungshorizonte der wissenschaftlichen Akteure in diesen Feldern zu untersuchen, zweitens die Wirkung der Konzepte wissenschaftlicher Experten auf die organisationsinternen Praktiker zu analysieren.²¹

Sozialpsychologen, Industrie- und Betriebssoziologen als sozialwissenschaftliche Experten für Human Relations und Organisation in Unternehmen, Verbänden und Behörden traten im Untersuchungszeitraum mit einer neuen Dynamik in Erscheinung. In der Nachkriegszeit positionierte sich eine junge Generation von Sozialwissenschaftlern im Feld der angewandten Humanwissenschaften, die den Blick der auf den Betrieb und die Organisation bezogenen Arbeits- und Betriebswissenschaften um ihre neuen Untersuchungsgegenstände und -methoden sowie um neue Antworten erweiterten. Durch Netzwerkbildung und Diskurskoalitionen trugen sie zur Verbreitung von Deutungsmustern bei, die nicht mehr von den »ganzheitlichen«, auf die »Gemeinschaft« zielenden Ansätze der 1920er und 1930er Jahre geprägt, sondern auf Beziehungen, Gruppen, Rollen und Interessen orientiert waren.²²

Blickt man auf die wissenschaftlichen Akteure, so lässt sich feststellen, dass deren institutionelle Einbindung bis etwa 1970 variierte. Während die Soziologen institutionell noch vor dem Werks- oder Kasernentor blieben, hatten die Psychologen ihren Sitz in den Institutionen der Arbeitsverwaltung, in anderen Behörden, im Betrieb und in der Bundeswehr bereits erkämpft.²³ Gründe waren erstens unterschiedliche professionspolitische Strategien der Fach- und Berufsverbände, zweitens der unterschiedliche Grad der Professionalisierung der Disziplinen sowie drittens die verschiedenen berufsbiografischen Strategien der Akteure.

Die frühe Industrie- und Betriebssoziologie der klassischen Phase der 1950er bis frühen 1960er Jahre hatte vor allem drei institutionelle Zentren. Als erstes Institut ist die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster mit Sitz in Dortmund zu nennen. Dabei handelte es sich um ein Institut, das zwar mit US-amerikanischer Unterstützung gegründet wurde, aber eine

21 Zur Rolle der Experten vgl. *Lutz Raphael*, Experten im Sozialstaat, in: *Hans-Günther Hockerts* (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 231–258; *Wilfried Rudloff*, Politikberatung als Gegenstand historischer Forschung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen, in: *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 13–57. – Unter »Denkstil« versteht man im Anschluss an *Ludwig Fleck* ein »gerichtetes Wahrnehmen« der wissenschaftlichen Experten, demzufolge Wissenschaftler das Wahrgenommene entsprechend gedanklich und sachlich so verarbeiten, dass es denkstilgemäß ist. Einen Denkstil »charakterisieren gemeinsame Merkmale der Probleme, die ein Denkkollektiv interessieren; der Urteile, die es als evident betrachtet; der Methoden, die es als Erkenntnismittel anwendet. Ihn begleitet eventuell ein technischer und literarischer Stil des Wissenssystems«. *Ludwig Fleck*, *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv* [1935], Frankfurt am Main 1994, S. 130.

22 *Lutz Raphael*, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: GG 27, 2001, S. 5–40.

23 *Johannes Platz/Ruth Rosenberger/Lutz Raphael*, Psychologische Eignungsdiagnostik in westdeutschen Großunternehmen: Wirkung von Ideen als Neufiguration wissenschaftlicher Konzepte in professionellen Verwendungsfeldern, in: *Lutz Raphael/Elmar Tenorth* (Hrsg.), *Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit*, München 2006, S. 479–496; *Johannes Platz/Ruth Rosenberger/Lutz Raphael*, Anwendungsorientierte Betriebspsychologie und Eignungsdiagnostik. Kontinuitäten und Neuorientierungen 1930–1960, in: *Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas* (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formation, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts* in Berlin, Stuttgart 2002, S. 281–309; *Ruth Rosenberger*, Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland, München 2008.

Reihe altgedienter Soziologen beheimatete, die ihre Karrieren im Nationalsozialismus begonnen hatten. Geleitet wurde es von Walter Gustav Hofmann, später von Helmut Schelsky. Das Institut erarbeitete eine Reihe klassischer Studien der Industriegesellschaft, in denen es empirische Erhebungsverfahren mit Ansätzen teilnehmender Beobachtung verband. Herausragende Vertreter des Instituts waren Otto Neuloh, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kersting und Heinrich Popitz. In den beratenden Gremien des Instituts waren Vertreter der Arbeitnehmerseite wie auch der Arbeitgeberseite paritätisch vertreten.²⁴ In Konkurrenz zu diesem Institut befand sich seit Beginn der 1950er Jahre die industriepsychologische Abteilung des WWI des DGB. Unter der Leitung von Viktor Agartz, der Mitte der 1950er Jahre entmachtet wurde, sammelte die industriepsychologische Forschergruppe um Burkart Lutz, Theo Pirker, Siegfried Braun und Fro Hammelrath erste Erfahrungen mit der wegweisenden Studie »Arbeiter – Management – Mitbestimmung« (1955).²⁵ Als drittes Institut trat 1954 das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) unter Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in den Kreis der Industriegesellschaft ein. Mit der Studie »Betriebsklima« machten sie sich verdient und etablierten sich als marxistisch inspiriertes Forschungsinstitut, das den Kontakt zum klassischen Management industrieller Großkonzerne nicht scheute. Die Gruppe um Ludwig von Friedeburg, Manfred Teschner und Werner Mangold am Institut für Sozialforschung erarbeitete sich mit der Betriebsklimastudie und den Folgestudien einen Rang als wichtige Industriegesellschaftler.²⁶

Die Industriegesellschaft als eine praxisbezogene Wissenschaft etablierte sich forschungspraktisch im Rahmen der Auseinandersetzungen um das Mitbestimmungsrecht und die Institutionen der Unternehmensmitbestimmung. Hier bildete sie eine disziplinäre Autorität im Kampf um Deutungsmacht und Deutungshoheit.²⁷ Hauptnachfrager nach den industriepsychologischen Studien waren die Apparate der Arbeitsdirektoren, aber auch in anderen Sparten der Unternehmensverwaltungen, die eher dem »klassischen« Management entsprachen, das den Kapitaleignern nahestand, wurden die Studien nachgefragt. Hier bildeten sich zunächst konkurrierende, im weiteren Verlauf der Entwicklung, als das Frankfurter Institut wieder gewerkschaftsnäher agierte, kooperierende Diskurskoalitionen um das WWI und das Frankfurter Institut für Sozialforschung heraus. Die Industriegesellschaft wurde von Arbeitnehmer- wie von Arbeitgeberseite als Auftragsforschung strategisch eingesetzt, um den Organisationswandel in Unternehmen zu flankieren und voranzutreiben.²⁸

24 Vgl. *Adamski*, Ärzte des sozialen Lebens.

25 Vgl. *Josef Hülsdünker*, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik des DGB von 1946–1956, Münster 1983.

26 Vgl. *Johannes Platz*, Die Praxis der kritischen Theorie. Angewandte Sozialwissenschaften und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 1950–1960, Diss., Trier 2008.

27 *Hans Diefenbacher*, Empirische Mitbestimmungsforschung. Eine kritische Auseinandersetzung mit Methoden und Resultaten, Frankfurt am Main 1983; *Ralf Dahrendorf*, Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung. Eine Kritik, Tübingen 1963; zur Mitbestimmung allgemein vgl. *Michael Schneider*, Demokratisierungskonsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: *Axel Schildt/Arnold Sywottek* (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998, S. 207–222; *Karl Lauschke*, Die Praxis der Montanmitbestimmung im Ruhrgebiet, in: *Jan-Pieter Barbian* (Hrsg.), Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946–1966, Essen 1997, S. 173–190; *Karl Lauschke*, Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989, Essen 2007.

28 *Josef Hülsdünker/Thomas Möbius/Michael Florian*, Praxisprobleme industriepsychologischer Forschung. Ein Beitrag zur Identitätsproblematik praktisch orientierter Industriegesellschaftler in Handlungsfeldern der Gewerkschaften, in: *Hülsdünker/Schellhase*, Soziologiegeschichte, S. 123–173; *Rolf Schellhase*, Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialfor-

Im Bereich der Arbeitsorganisation setzte sich empirische Industrieforschung vom zeitgenössischen philosophischen und kulturellen Technik-Diskurs deutlich ab. Dieser war kulturpessimistisch geprägt und stellte in verschiedenen Ausprägungen die Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit durch die Maschine zur Debatte. Durch neue Formen der teilnehmenden Beobachtung besonders durch die Sozialforschungsstelle, aber auch durch Interviews gerieten die tatsächlichen Arbeits- und Kooperationsverhältnisse in konkreten Arbeitszusammenhängen in den Blick der sozialwissenschaftlichen Analyse.²⁹ Dadurch verschob sich der Fokus auf Autoritätsverhältnisse und formelle wie informelle Gruppenstrukturen. Als vorherrschendes Deutungsmuster bildete sich heraus, dass die technische Entwicklung andere Kooperationsformen als die tradierten (etwa der »Meisterherrschaft«) erforderte und dass überkommene Autoritätsverhältnisse durch die Kriterien Qualifikation, tätigkeitsbezogene Erfahrung und durch neue Kooperationsstrukturen in den Werken mehr und mehr infrage gestellt wurden.³⁰

Die wissenschaftliche Vergemeinschaftung der industrie- und betriebssoziologischen Ansätze in Form einer Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie setzte die Konkurrenz, die sich aus dem Wettlauf um die Auftragsforschung ergab, nicht fort, sondern ermöglichte wissenschaftsinterne Kooperationsverhältnisse, die über die sich ausbildenden wissenschaftlichen und weltanschaulichen Lager, die im Positivismusstreit ihren Ausdruck fanden, hinausreichten.³¹ Angesichts der Heterogenität der Stellungen im wissenschaftlichen Feld ist von besonderem Interesse, dass sich ein eigenes Denkkollektiv der Industrie- und Betriebssoziologen bildete, das in den Deutungskämpfen der unterschiedlichen Lager im Feld der Sozialwissenschaften vermittelte. In Fällen der Organisationsberatung lassen sich bestimmte Strategien der Vermittlung und der Erzeugung von Gruppen- und Synchronisierungseffekten zwischen verschiedenen Experten durch Bildung wissenschaftlicher Beiräte und Arbeitsgruppen mikrohistorisch ebenso nachweisen wie die Tätigkeit konkurrierender Expertengremien für unterschiedliche Auftraggeber, was vordergründig gegen einen einheitlichen Denkstil der Industriesoziologen zu sprechen scheint.

Die Deutungskontroversen, die sich einerseits zwischen Praktikern und Wissenschaftlern ergaben und andererseits zwischen konkurrierenden Expertenbeiräten auftraten, lassen Rückschlüsse auf den Leitbildwandel in gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Institutionen der Bundesrepublik zu. Bereits in den 1950er Jahren zeichnete sich eine Tendenz ab, die auch noch für das heutige Beratungsgewerbe – gleich welcher Art – die wirtschaftliche Basis liefert: Im Organisationswandel und in der Organisationsentwicklung spielte externe Expertise eine zentrale Rolle, weil sie zum einen bereits bestehende Ziele legitimierte, zum anderen – je »empirischer« sie sich gab – organisationsinterne Konflikte minimierte beziehungsweise versachlichte. Diese Tendenz lässt sich sowohl an Bei-

schungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung, Münster 1982; *Hülsdünker*, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie; *Wessel*, Soziologische Forschung und Alltagserfahrung; *Johannes Platz*, »Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit.«.

29 *Michael Wuntsch*, Determinanten und Spielräume der Industriearbeit. Die industriesoziologische Diskussion des Verhältnisses von Technik, Ökonomie und Arbeitsorganisation seit 1945, Frankfurt am Main 1988; zum Technik- und Automationsdiskurs vgl. *Johannes Platz*, »Revolution der Roboter« oder »Keine Angst vor Robotern«? Die Verwissenschaftlichung des Automationsdiskurses und die industriellen Beziehungen von den 50ern bis 1968, in: *Laurent Commaille* (Hrsg.), *Entreprises et crises économiques au XXe siècle. Actes du colloque de Metz 2005*, Metz 2009, S. 37–59.

30 *Emil Walter-Busch*, Faktor Mensch. Formen angewandter Sozialforschung der Wirtschaft in Europa und den USA, 1890–1950, Konstanz 2006.

31 Vgl. zur Vorgeschichte und zum Verlauf des Positivismusstreits *Hans-Joachim Dahms*, Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus, Frankfurt am Main 1994.

spielen im Bereich ökonomischer wie auch öffentlicher, und hier insbesondere militärischer Administration aufzeigen.³²

Sozialwissenschaftliche Experten und Praktiker in bestimmten Diskurskoalitionen haben den Leitbildwandel von autoritär-paternalistischen Führungsstilen hin zu partizipatorischen Kooperationsformen entscheidend mitgestaltet. Es lässt sich zeigen, dass Konflikte und Aushandlungsprozesse in Verknüpfung mit publizistischer wie wissenschaftlicher Tätigkeit dazu beigetragen haben, dass sich die Grenzen des Sag- und damit auch des jeweils Machbaren verschoben. Dieser Diskurswandel als Wandel gesellschaftlicher Leitbilder und als langsame Etablierung einer Sprache, die in Kategorien der sozialen Beziehungen, der Interessen, der Rollen und der Gruppen statt mit Hilfe von Gemeinschaftskonzepten die Wirklichkeit verhandelte, markiert nach den 1920er Jahren eine zweite Phase des Übergangs vom substanzialistischen zum funktionalen wie relationalen Denkstil.

IV. FALLSTUDIE ZUR ANGESTELLTENSOZIOLOGIE

Die Gruppe der Angestellten stellte zwischen 1950 und 1970 und darüber hinaus einen stetig wachsenden Anteil in der Arbeitnehmerschaft dar. Dieser Anstieg konnte in der ersten Zeit noch auf die ›Boomjahre‹ zurückgeführt werden, seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre war die Verbindung zwischen technischem Wandel und der Zunahme der Zahl der technischen Industrieangestellten nicht mehr von der Hand zu weisen. Dass es sich bei dem Anstieg der Angestelltenzahlen insgesamt um einen tiefgreifenden sozialstrukturellen Wandel handelte, der mit dem Begriff der Tertiarisierung beziehungsweise der Dienstleistungsgesellschaft nur unzureichend zu beschreiben war, erkannten die Zeitgenossen frühzeitig.³³

Die Konkurrenz der großen, die Angestellten organisierenden Gewerkschaften um Mitglieder und unterschiedliche Organisationsprinzipien spielte für die Kämpfe um Deutungshoheit eine wichtige Rolle. Aus der Konkurrenz um Mitglieder ergab sich fast notwendig der Deutungskampf um die Definitionsmacht dessen, was ein Angestellter eigentlich sei. Die DAG beanspruchte als »Einheitsgewerkschaft«, alle Angestellten zu organisieren. Dies widersprach den Organisationsvorstellungen der nach dem Industrieverbandsprinzip gegliederten, tatsächlich richtungsübergreifenden Einheitsgewerkschaften im DGB. Diese Konkurrenz prägte die Beziehungen zwischen DGB und DAG über Jahrzehnte.³⁴

32 Vgl. *Uta Gerhardt*, Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen, Stuttgart 2007. Sozialpsychologen, Industrie- und Betriebssoziologen trugen auch zu einem Methodenwandel in Richtung einer Amerikanisierung und Westernisierung der Soziologie bei. Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 16; *Doering-Manteuffel*, Wie westlich sind die Deutschen, S. 75–102; *Julia Angster*, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003; *Michael Hochgeschwender*, Freiheit in der Offensive. Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.

33 Vgl. *Jürgen Kocka/Michael Prinz*, Die Angestellten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel 1933 bis heute, in: *Jürgen Kocka*, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980, Göttingen 1981, S. 171–229, hier: S. 193–207; *Jürgen Kocka/Michael Prinz*: Vom »neuen Mittelstand« zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: *Werner Conze/M. Rainer Lepsius* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 210–255; *Josef Mooser*, Arbeiter, Angestellte und Frauen in der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«. Thesen, in: *Schildt/Sywottek*, Modernisierung im Wiederaufbau, S. 362–376, hier: S. 364.

34 *Eberhard Fehrmann/Ulrike Metzner*, Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriss, Köln 1981, S. 122–131. Zum Verhältnis zwischen DGB-Gewerkschaften und DAG vgl. auch

Für den Sachverhalt blieb schließlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass die Zeitgenossen in den 1950er Jahren tiefgreifende Veränderungen im Konsum- und Freizeitverhalten, in den Wohnpräferenzen, in der privaten Eigentumsbildung beobachteten und als Nivellierung vormalig bestehender Status- und Prestigesysteme deuteten. Helmut Schelsky formulierte mit seinem bereits erwähnten Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« 1953 eine soziologisierende Deutung des sozialstrukturellen Wandels in der Nachkriegszeit.³⁵ Diese Sicht war anschlussfähig genug, um zu einer zeitgenössisch wie historisch besonders populären Deutung der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu werden. Sie entfachte und verstärkte unerschwellig auch »Nivellierungsängste«, von denen der Autor des Konzepts selbst nicht ganz frei war. Schelsky deutete die »umfangreiche[n] Auf- und Abstiegsprozesse« – den »kollektive[n] Aufstieg der Industriearbeiterschaft und [...] den Aufstieg der technischen und Verwaltungsangestellten in den neuen Mittelstand«, die von breiten Abstiegs- und Deklassierungsprozessen des Bildungs- und Besitzbürgerturns gekreuzt worden seien, als Entdifferenzierung der Gesellschaft. Diese »Steigerung der sozialen Mobilität an sich« sowie der »relative Abbau der Klassengegensätze« hätten zu einer »Entdifferenzierung der [...] ständisch geprägten Berufsgruppen und damit zu einer sozialen Nivellierung in einer einheitlichen Gesellschaftsschicht, die ebenso wenig proletarisch wie bürgerlich« sei, geführt. Sozial- und Steuerpolitik würden diese Prozesse noch verstärken.³⁶

Der zentrale Topos der These Schelskys, an den die DAG anknüpfte, war der Begriff der Nivellierung, aus dem die Gewerkschaft auf »Nivellierungsängste« des »unselbständigen Mittelstandes«, also der Angestellten, schloss. Im Feld gewerkschaftlicher Politik machte sich die DAG die gesellschaftliche Diskussion um die »Nivellierung« damit zu nutzen, um für die Interessen ihrer Mitglieder zu mobilisieren. Auf ihrem Angestelltentag startete die Gewerkschaft im Mai 1954 eine Kampagne gegen die »Unterbewertung der geistigen Arbeit«.³⁷ Es gelang der DAG, die Bundesregierung für die Sorgen der Angestellten zu interessieren. Sie erreichte, dass Konrad Adenauer noch im selben Jahr den »unselbständigen Mittelstand« zu einem zentralen Thema der Regierungspolitik erhob.

Adenauer betraute den Bundesminister für besondere Aufgaben, Hermann Schäfer, mit der »Förderung der Interessen des unselbständigen Mittelstandes«. Da weder die Zahlen des Statistischen Bundesamts noch anderer sozialstatistischer Untersuchungen die behauptete Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern eindeutig belegten, startete Schäfer ein umfassendes Forschungsprogramm mit empirischen Untersuchungen »über die gegenwärtige Struktur und den gesamten Habitus der Angestellten«. Die Sozialpartner und involvierten Verbände berief Schäfer in seinen »Beirat für den unselbständigen Mittelstand«.³⁸ Mit der Auflösung des Sonderministeriums Schäfer ging das Forschungsprogramm schließlich in die Verantwortung der Arbeitsgruppe »Sonderprobleme der Sozialordnung« des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung über.³⁹

die zeitgenössische soziologische Darstellung von *Günter Hartfiel*, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklungsstand und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961, S. 169–197. Diese Arbeit ging aus der später beschriebenen Kommissionstätigkeit im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung hervor.

35 Schelsky, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs, S. 332.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. die zusammenfassende Broschüre mit den Redebeiträgen: Die Unterbewertung der geistigen Arbeit. Kundgebung des Hauptvorstandes der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, Bonn 18. März 1954, Hamburg 1954. Vgl. *Kocka/Prinz*, Vom »neuen Mittelstand«, S. 231.

38 Vgl. die Akten im Bestand 135 des Bundesarchivs (BArch) Koblenz, besonders BArch Koblenz B 135/133 und 132.

39 Vgl. die Akten in BArch Koblenz B 149, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, besonders BArch Koblenz B 149/8856, 8859 und 8862.

Beteiligt waren unter anderem der Berliner Soziologe Otto Stammer mit einer betriebssoziologischen Arbeitsgruppe, die das Funktionssystem der »Arbeiter und Angestellte[n] in der Betriebspyramide« mit einem funktionsanalytischen Modell untersuchten⁴⁰, der Nürnberger Ordinarius Karl Valentin Müller, der sich bereits in den 1920er und vor allem in den 1930er Jahren im Nationalsozialismus als Bevölkerungswissenschaftler einen Namen gemacht hatte und in den frühen 1950er Jahren an seine sozialbiologischen Vorstellungen beinahe nahtlos anknüpfte⁴¹, sowie Otto Neuloh von der Sozialforschungsstelle Dortmund, der den »Einfluss der Automation auf die Angestelltenberufe« untersuchte.⁴²

Was den Output des Forschungsprogramms betraf, war sein Beitrag zur politisch-programmatischen Orientierung der Mittelstandspolitik der Bundesregierung eher gering. Allerdings ist dem Programm eine Vielzahl von Forschungsbeiträgen zu verdanken, die mit Fritz Croners Funktions- und Delegationstheorie⁴³, mit Müllers sozialbiologischer und sozialrassistischer Interpretation der Höherwertigkeit der Angestellten als sozialbiologischer Auslese und seiner These der Bedrohung durch zu geringe Reproduktionsleistung sowie mit dem wiederum ernst zu nehmenden funktionsanalytischen Modell der Gruppe um Stammer im Feld der Wissenschaft reichlich Stoff zur Auseinandersetzung boten.⁴⁴

Die Auseinandersetzung wurde an verschiedenen Orten geführt. So berieten DGB und DAG mit Experten im Rahmen einer mehrjährigen Kommissionsarbeit bei der Gesellschaft für sozialen Fortschritt seit 1955 unter Leitung des Kieler Arbeitsrechtlers Arthur Nikisch »Möglichkeiten einer Neuabgrenzung der Angestellten und Arbeiter«. Dieser Kommission gehörten überdies an: der Präsident des Bundesarbeitsgerichts Hans-Carl Nipperdey, ein Senatspräsident des Bundessozialgerichts, Walter Bogs, die DGB-Vertreter Johannes Schregle und Franz Lepinski sowie der DAG-Vertreter Otto Günther, Unter-

40 Vgl. Dieter Claessens/Jochen Fuhrmann/Günter Hartfiel u. a., Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide. Eine empirisch-soziologische Studie über die Verteilung der Arbeitsplätze von Angestellten und Arbeitern, ihrer Personaldaten und Arbeitsverdienste in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, durchgeführt im Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, hrsg. von Otto Stammer, Berlin 1959.

41 Karl Valentin Müller, Die Angestellten in der hochindustrialisierten Gesellschaft, Köln/Opladen 1957; zu Müller vgl. Ursula Ferdinand, Historische Argumentationen in den deutschen Debatten zu Geburtenrückgang und differentieller Fruchtbarkeit: Fallbeispiel Karl Valentin Müller (1896–1963), in: Historical Social Research 31, 2006, S. 208–235; Eduard Kubu, »Die Bedeutung des deutschen Blutes im Tschechentum«. Der »wissenschaftspädagogische« Beitrag des Soziologen Karl Valentin Müller zur Lösung des Problems der Germanisierung Mitteleuropas, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 45, 2004, S. 93–114; Hans-Jörg Gutberger, Bevölkerung, Ungleichheit, Auslese. Perspektiven sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung in Deutschland zwischen 1930 und 1960, Wiesbaden 2006, S. 75–86; Andreas Wiedemann, Karl Valentin Müller: Ein Rassenhygieniker im Dienste der Volkstumspolitik, in: Albrecht von Stefan/Jiří Malíř/Ralph Melville (Hrsg.), Die »sudetendeutsche« Geschichtsschreibung 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der historischen Kommission der Sudetenländer, München 2008, S. 167–182; Carsten Klingemann, Flüchtlingssoziologien als Politikberater in Westdeutschland. Die Erschließung eines Forschungsgebietes durch ehemalige »Reichssoziologen«, in: Karen Bayer/Frank Sparing/Wolfgang Woelk (Hrsg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 81–123.

42 Otto Neuloh, Die weiße Automation. Die Zukunft der Angestelltenschaft, Köln 1966; vgl. hierzu die Stellungnahme des Angestelltensoziologen Fritz Croner, Angestellte und Automation. Einige grundsätzliche Bemerkungen zum Buche von Otto Neuloh: Die weiße Automation, in: GMH 18, 1967, S. 545–551.

43 Vgl. Fritz Croner, Die Angestellten in der modernen Gesellschaft. Eine sozialhistorische und soziologische Studie, Frankfurt am Main/Wien 1954, S. 29–57; ders., Soziologie der Angestellten, Köln/Berlin 1962, S. 112–148.

44 Vgl. Kocka/Prinz, Vom »neuen Mittelstand«, S. 231.

nehmerverbandsvertreter wie Otfried Gotzen vom Landesverband der Arbeitgebervereinigungen Nordrhein-Westfalens und Rechtsanwalt Lorenz Höcker vom Unternehmensverband Ruhrbergbau sowie Direktoren aus dem Personalwesen zweier Großunternehmen, darunter Hans-Albrecht Bischoff von der BASF.⁴⁵

In einer der ersten Kommissionssitzungen präsentierte Helmut Schelsky, der später ebenfalls in die Kommission berufen wurde, eine verschärfte Variante seines Konzepts der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, wobei er in drastischen Worten die Folgen des Mangels an sozialer Ordnung aufgrund der beklagten Entdifferenzierung ausmalte: Schelsky hielt eine »soziale Prestigestufung auf Dauer für produktionsnotwendig«. Die vorherrschende Stufung sei aber nicht mehr deckungsgleich mit der Linie Arbeiter/Angestellter. Die Stufung, so betonte er, lasse

»sich nur wieder auf diese Unterscheidung bringen, wenn man zu einer gesellschaftspolitischen Schichtung, zu einer innerbetrieblichen sozialen Differenzierung unter hierarchischen Gesichtspunkten bereit ist. Wenn man sich nicht vor der Frage eines *sozialen* Oben und Unten im Betrieb drückt.«⁴⁶

Er beschwor die Kommission:

»Ist man dazu nicht bereit, muss man allerdings sich bewusst sein, dass [das] *Laufenlassen der Tendenzen* [...] *gewollte Nivellierung* [heißt]. [...] Nivellierung oder Differenzierung? Diese Entscheidung ist nicht zu umgehen. Auch keine Entscheidung ist hier eine [...]. Dies heißt in Wirklichkeit Entscheidung für die Nivellierung. Wenn keine neue, prinzipiell die Hierarchie, die stufende Trennung bejahende Abgrenzung des Angestellten- und Arbeiterbegriffes vorgenommen wird, dann zersetzt sich diese [Abgrenzung] mit dem Laufenlassen der Entwicklung in sich selbst [...].«⁴⁷

Die Kommission nahm sich diese klare und deutliche Warnung vor der Zersetzung der Ordnung zu Herzen, insbesondere die Vertreter der Bundesgerichte kamen immer wieder auf Schelskys mahnende Worte zurück, obwohl dieser selbst bei allen folgenden Sitzungen fehlte. Das zeigt immerhin die Stärke des Arguments. Die DGB-Vertreter auf der anderen Seite sperrten sich erfolgreich gegen die Abgrenzungs- und Differenzierungsbemühungen der Kommission und erreichten in Aushandlung mit den Arbeitgebervertretern und den Vertretern einzelner Großunternehmen abschwächende Formelkompromisse.⁴⁸ Zwar blieb die Kommission, wie ihr Abschlussbericht aus dem Jahr 1959 deutlich macht, hinter dem eigenen Ziel, eine Rechtsreform vorzubereiten, zurück. Doch wurde der Verlauf ihrer Arbeit vom Leiter der Arbeitsgruppe »Sonderprobleme der Sozialordnung« im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung genau verfolgt.⁴⁹ Die Argumente der sozialwissenschaftlichen und juristischen Experten fielen bei dem Arbeitsgruppenleiter,

45 Vgl. Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Zur Neuabgrenzung der Begriffe Angestellter und Arbeiter. Ein Ausschussbericht, Berlin 1959.

46 Helmut Schelsky, Referat: Soziologische Sicht der »Neuabgrenzung der Begriffe des Angestellten und des Arbeiters«, in: Niederschrift über die [4.] Sitzung des »Ausschusses zur Neuabgrenzung der Begriffe: Angestellte und Arbeiter im Arbeits- und Sozialrecht« der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Bonn, 16./17.12.1955 in Hamburg, BArch Koblenz B 149/26777 (Herv. i. O.).

47 Ebd. (Herv. i. O.).

48 Ob in die Positionierung des Vertreters der BASF, Hans-Albrecht Bischoff, die Positionen des nach seinem Ausscheiden aus der Sozialforschungsstelle bei der BASF in Ludwigshafen als freier industriesoziologischer Mitarbeiter beschäftigten Industriesoziologen Hans Paul Bahrdrdt einfließen, konnte noch nicht geklärt werden. Vgl. dazu dessen empirische Arbeit aus dem Jahr 1958: *Hans Paul Bahrdrdt*, Industriebürokratie. Versuch einer Soziologie des industrialisierten Bürobetriebes und seiner Angestellten, Stuttgart 1958. Allerdings findet sich im Unternehmensarchiv der BASF das Manuskript von *Hans Paul Bahrdrdt*, Der Angestellte in der großbetrieblichen Bürokratie, o. O. 1957, 211 Seiten und Anhang, BASF Unternehmensarchiv, Ludwigshafen am Rhein, C 6321.

49 Vgl. dazu die Vorgänge in der Akte BArch Koblenz B 149/26777.

Ministerialdirigent Schelp, in den Jahren 1957 bis 1959 auf fruchtbaren Boden, was von DGB-Seite registriert und analysiert wurde.

Vor dem Hintergrund der Selbstdeutung der DGB-Gewerkschaften, aus den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 geschwächt hervorgegangen zu sein, sah man eine weitere Schwächung der Gewerkschaftsposition als eine enorme Bedrohung an. Daher waren die DGB-Gewerkschaften angesichts der stärkeren Abgrenzungsbemühungen der Angestellten von den Arbeitern, die von Soziologen wie Schelsky wissenschaftlich gestützt wurden, alarmiert. Die Industriegewerkschaften des DGB folgten einem Organisationsprinzip, das »Einheit« und »Stärke« zu einem miteinander verknüpften Leitbild erhob. Bestandteil dieser Einheit war, die Angestellten nicht von den Arbeitern zu trennen, sondern beide Gruppen gemeinsam zu vertreten. Dass die Regierung mit der »Unterbewertung der Angestelltenarbeit« die berufsständischen Interessen der Angestellten zu ihrem Thema machte und sich anschickte, dies in Gesetzgebungsmaßnahmen einfließen zu lassen, die eine ständische Definition des Angestelltenbegriffs beinhalteten, beunruhigte den Deutschen Gewerkschaftsbund sehr. Der DGB beanspruchte ja nicht nur als Tarifpartner, sondern auch als politischer Akteur Mitsprache, zum Beispiel in der Sozialpolitik. Hinzu kam, dass man befürchtete, dass eine ständische Definition und die entsprechenden materiellen Konsequenzen das Organisationsverhalten beziehungsweise die Wahl der gewerkschaftlichen Organisationsform beeinflussen würden. Vor diesem Hintergrund nahmen innergewerkschaftlich die Diskussionen und die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise zu. 1958 trug Max Horkheimer auf einem gewerkschaftlichen Forum der IG Metall »Thesen zur Angestelltenpolitik« vor, und Heinz Kluth sprach über »Beruf und Funktion als Voraussetzungen und Grenzen der gesellschaftlichen Sonderstellung des Angestellten«, womit er Stellung gegen die DAG-Politik bezog.⁵⁰ Auf dem 3. Angestelltentag des DGB im Jahr 1959 schließlich sprachen die Soziologen René König und Siegfried Braun über die Notwendigkeit, eine neue Angestelltenpolitik einzuleiten.⁵¹

Es war für den DGB von enormer Bedeutung, den »sozialen Standort der Angestellten« zu klären. Für die Angestelltenarbeit beim Vorstand des DGB war die von Werner Hansen geleitete Hauptabteilung »Angestelltenpolitik« zuständig, der der Bundesangestelltenausschuss zur Seite stand.⁵² Hansen beauftragte den Industriesoziologen Siegfried Braun, einen dem marxistisch inspirierten Linkskatholizismus zuzurechnenden früheren Schüler Max Horkheimers, der sich Anfang der 1950er Jahre vor den ideengeschichtlichen Aufgaben, die ihm sein akademischer Lehrer stellte, in die empirische Arbeit der industriesoziologischen Arbeitsgruppe des WWI geflüchtet hatte.⁵³ Braun verfasste dort für die von Hansen geleitete Hauptabteilung ab 1959 eine Vielzahl von Forschungsberichten. Darunter finden sich eine ideologiekritische Untersuchung zur Standesideologie der DAG, in der diese vor dem Hintergrund des Forschungsstands der Angestelltensoziologie betrachtet wird, sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Angestelltensoziologie,

50 Max Horkheimer, Die gesellschaftliche Lage der Angestellten, in: Angestellte heute und morgen. Forum-Gespräch am 18. Mai 1958 im Theatersaal der Stadthalle Mülheim (Ruhr), veranstaltet vom Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, o. O. 1958, graue Literatur, zu finden in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Signatur: A 19986), S. 12–22.

51 WWI-Referatsunterlage: Siegfried Braun, Die Angestellten und die industrielle Gesellschaft, als Manuskript gedruckt für den 3. Bundesangestelltentag des DGB am 14. und 15. April 1959, Köln 1959.

52 Fehrmann/Metzner, Angestellte und Gewerkschaften, S. 123–125, insb. S. 125.

53 Zu Siegfried Braun vgl. Gregor Kritidis, Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2007, S. 144 ff. und passim; verstreute Beiträge Brauns zur Politik der Mitbestimmung und Industriesoziologie sind enthalten in Siegfried Braun, »Die besseren Zeiten kommen nicht von selbst«. Beiträge zu Politik, Gewerkschaft und Gesellschaft aus vier Jahrzehnten, Bremen 1987.

die doxografisch deren Standpunkte abhandelte.⁵⁴ Gemeinsam mit Jochen Fuhrmann aus Stammers Berliner Arbeitsgruppe erarbeitete Braun zudem eine umfassende Studie über das soziale und politische Denken der Angestellten.⁵⁵ In einer größeren Reihe von Zeitschriftenbeiträgen, Broschüren und Vorträgen stellten Braun und Fuhrmann die Arbeit zur Diskussion.⁵⁶

Für die Angestelltenstudie befragten Braun und Fuhrmann 514 Angestellte in 23 Industriebetrieben. Darunter waren vier montanmitbestimmte Großbetriebe, vier Großbetriebe, die dem Betriebsverfassungsgesetz unterlagen, fünf industrielle Mittelbetriebe und zehn kleinindustrielle Betriebe. Ziel war es, die Angestelltenmentalität zu erforschen, um Handlungsoptionen für die gewerkschaftliche Arbeit zu entwickeln. Unter »Mentalität« verstand die Forschergruppe das »gesellschaftliche Denken einer Gruppe«. ⁵⁷ Sie ging davon aus, dass dieses in der Arbeitswelt, am Arbeitsplatz und in der Arbeitssituation geprägt werde. Hierbei war für die Forschergruppe die »Arbeitserfahrung« im Hinblick auf ihre technische, ökonomische und politische Dimension maßgebend.⁵⁸

»Das gesellschaftliche Denken wird nur fassbar als Ergebnis einer gemeinsamen sozialen Situation. Zweck der Untersuchung konnte daher nicht die Erforschung der ›Individualpsychologie‹ der Befragten sein, sondern sie musste sich auf die objektiven Tatsachen der Arbeitssituation und des Arbeitsalltags richten, um in den Reaktionen, Urteilen und Verhaltensweisen zu diesen Tatsachen die typischen Formen gesellschaftlichen Denkens aufzuspüren.«⁵⁹

Mittels dieses Untersuchungsziels meinte die Gruppe, sich von marxistischen, konservativ-liberalen und spezifischen sozialwissenschaftlichen Positionen abgrenzen zu können.⁶⁰ Unter den untersuchten Großbetrieben waren die Salzgitter AG und das Hüttenwerk Huckingen der Mannesmann AG. Das Sample der untersuchten Personen setzte sich aus männlichen Angestellten unterhalb der Abteilungsleiterebene zusammen; es wurden keine außertariflichen Angestellten befragt; der Ausschluss weiblicher Angestellter blieb nur schwach begründet.⁶¹ Betrachtet man das Forschungsdesign, so ist die Kombination der Erhebung von sozialstatistischen Daten aus Interviews mit qualitativ ausgewerteten Tiefeninterviews bemerkenswert.⁶²

Darüber hinaus managte Braun die extern vergebenen Drittmittelaufträge an das Frankfurter Meinungsforschungsinstitut DIVO sowie an die ebenfalls in Frankfurt ansässige List Gesellschaft, die Auswirkungen der Automation auf die Tätigkeiten der Angestellten,

54 *Siegfried Braun*, Politik und Ideologie der Deutschen Angestelltengewerkschaft, o. O. 1959, graue Literatur, zu finden in der Bibliothek der FES (Signatur: C 87–553).

55 Die Mentalität der Industrieangestellten. Kurzfassung der Erhebungsergebnisse unter den Gesichtspunkten gewerkschaftlicher Angestelltenpolitik, bearbeitet von *Siegfried Braun/Jochen Fuhrmann/Heinz Markmann*, Düsseldorf [1964], graue Literatur, zu finden in der Bibliothek der FES (Signatur: AMO 35931); die publizierte umfangreichere Fassung datiert erst auf das Jahr 1970; vgl. *Siegfried Braun/Jochen Fuhrmann*, Angestelltenmentalität. Berufliche Position und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung, Neuwied am Rhein 1970.

56 Als Beispiel sei hier die einfacher ausgestattete Gewerkschaftsfassung für Mitglieder der IG Metall genannt: *Siegfried Braun*, Die gesellschaftliche Position der Angestellten und die soziale Differenz Arbeiter – Angestellte. Sonderausgabe für Mitglieder der IG Metall, Frankfurt am Main 1964. Es handelte sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse zur Angestelltensoziologie; vgl. *ders.*, Zur Soziologie der Angestellten, Frankfurt am Main 1964.

57 *Braun/Fuhrmann*, Angestelltenmentalität, S. 8.

58 Vgl. ebd., S. 9.

59 Ebd., S. 10.

60 Vgl. ebd., S. 11 f.

61 Es erfolgte der Hinweis auf die hohe Fluktuation, also auf die geringe Neigung, lange im Betrieb zu bleiben.

62 Vgl. ebd., S. 17–22.

insbesondere ihre sozialen Konsequenzen untersuchten.⁶³ Außerdem regte Braun gemeinsam mit Hansen Drittmittelaufträge des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung an – etwa an Fritz Croner zum schwedischen Funktionskatalog der Angestelltentätigkeiten. So konnte den Deutungsansätzen der DAG, die im Ministerium in den 1950er Jahren positiv rezipiert worden waren, konstruktiv begegnet werden.

Begleitend zu der Angestelltenstudie richtete das WWI eine Studienkommission für Angestelltenfragen ein, die den wissenschaftlichen Nachwuchs (also promovierte Industriosozioologen) und einige erst kürzlich bestellte Lehrstuhlinhaber zusammenbrachte. Hinzu kamen einige zum Teil auch wissenschaftlich ausgewiesene Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften, der Hauptabteilung »Angestelltenpolitik« und der Hans-Böckler-Stiftung. Im Einzelnen waren dies die vornehmlich industriosozologisch ausgewiesenen Wissenschaftler Heinz Kluth, Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt und Dieter Claessens; als gewerkschaftsnaher Experte ist Burkart Lutz zu nennen. Außerdem waren Ludwig von Friedeburg vom IfS, der Gewerkschafter und Wissenschaftler am WWI, Heinz Markmann, sowie Bruno Gleitze als Leiter des WWI vertreten. Von gewerkschaftlicher Seite gehörten als Funktionäre das DGB-Bundesvorstandsmitglied Werner Hansen, die ebenfalls soziologisch ausgebildete Marie Borries und der WWI-Mitarbeiter Alfred Christmann der Kommission an.⁶⁴

Der größte Teil der wissenschaftlichen Mitglieder der Studienkommission gehörte der Sektion der Industriosozioologen innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an. Dadurch wurde die wissenschaftliche Vergemeinschaftung vorangetrieben und die Diskussion vereinfacht, weil die Kommissionsmitglieder grundlegende Deutungsansätze teilten, empirischen Fragen die gleiche Aufmerksamkeit zuwandten und sich gegenseitig aus der Arbeit kannten.

Die Parallelstruktur der Sitzungen ist besonders hervorzuheben: In den Werkstattgesprächen mit den Fachkollegen wurden die Arbeitshypothesen, die Untersuchungsinstrumente und die Forschungsergebnisse intensiv beraten. So wurde ein Rezeptionsfeld für die Studie von Braun und Fuhrmann geschaffen, das der weiteren Fachkommunikation im Feld der Industriosozioologen dienlich war. Die Beratung der politischen Folgerungen, der langfristigen strategischen Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik und der taktischen tagespolitischen Überlegungen blieb hingegen den gewerkschaftlichen Fachexperten und Funktionären vorbehalten.

Die Kommission hatte damit eine dreifache Funktion: Erstens trieb die Arbeit der Gruppe die fachliche Gruppenbildung voran und trug zur innerfachlichen Popularisierung der erarbeiteten Positionen bei, indem die Ergebnisse weit vor ihrer Publikation, die sich aufgrund verlegerischer Schwierigkeiten und interner Konflikte bis 1970 hinzog, ventiliert werden konnten, was für eine positive Rezeption und Aufnahme im Feld der Wissenschaft sorgte. Die Studienkommission wirkte so als Diskussionsgemeinschaft innerhalb der *scientific community*. Die zweite Funktion der Kommission lag im Bereich der Politikberatung. Mit wissenschaftlichen Mitteln wurden die konkreten Handlungsebenen bestimmt, die Bedürfnisse und die Mentalität der Industrieangestellten abgefragt und darauf aufbauend Strategien und Taktiken entwickelt. Eines der wichtigsten und nachhaltigsten Ergebnisse war die Bestimmung des Betriebs als Ausgangspunkt konkreter Angestelltenarbeit. Diese Betriebsstrategie ist auch in anderen Feldern der gewerkschaftlichen Politik in den 1960er Jahren zu finden, etwa in der Bildungsarbeit der IG Metall, die ebenfalls

63 Zum Automationsdiskurs vgl. Platz, »Revolution der Roboter« oder »Keine Angst vor Robotern«?

64 Letzterer hatte sich sowohl mit Gewerkschaftstheorie als auch mit Angestelltenpolitik beschäftigt; vgl. hierzu Alfred Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie. Ausgangsbilder, Theorien und Wandlung der Gewerkschaftsbewegung, Köln 1963; ders., Angestelltenfrage und Gewerkschaft, in: GMH 12, 1961, S. 148–155.

industrielle- und betriebssoziologisch beraten wurde.⁶⁵ Aufgrund der im Fall der Angestelltenstudie ebenso wie bei der Bildungsarbeit der IG Metall vorherrschenden Zusammensetzung aus Wissenschaftlern und gewerkschaftlichen Entscheidungsträgern sind diese Arbeitsgruppen als Diskurskoalitionen zu betrachten. Die dritte Funktion der Kommission bestand darin, eine größere Öffentlichkeit für die Untersuchungsergebnisse zu schaffen, in der die Verbreitung und Kommunikation der Positionen unter Experten und Praktikern noch vor der Veröffentlichung erfolgen sollten.

Darüber hinaus sorgte das WWI für die Zirkulation der Untersuchungsergebnisse in Broschüren und durch Schulungen und Seminare für die tatsächliche Organisationsarbeit und schuf so eine gewerkschaftsinterne Öffentlichkeit. Durch Brauns Beteiligung an der Organisation der internationalen Tagung über den »Angestellte[n] zwischen Arbeiter und Management« der Sozialakademie Dortmund und durch eine vielfältige Fachkommunikation trug der wissenschaftliche Stab des WWI zur Vermittlung der neuen gewerkschaftlichen Position bei.⁶⁶

Es ist schwierig, einen einzigen konkreten Wendepunkt der Organisationsarbeit des DGB für Angestellte zu bestimmen. Die Tätigkeit der Studienkommission verdichtete sich jedenfalls während der Vorbereitung der »Entschliebung zur Angestelltenfrage« (1962) im Winter 1961/62. Die Entschliebung formulierte ein neues Leitbild für die Angestelltenarbeit der Industriegewerkschaften, dem in den folgenden Jahren eine Organisationsreform folgte.⁶⁷

Die Entschliebung bekräftigte die Position, dass »die modernen Angestellten [...] Arbeitnehmer« seien, deren »Anteil an der Gesamtheit« stetig steige. Sie wies alle Ansätze zur Etablierung einer Standesideologie, die sich aus elitärem Bewusstsein speiste, zurück. Damit griff sie auf zentrale Thesen und Ergebnisse der soziologischen Expertise Siegfried Brauns zurück. Die Entschliebung betonte die zentrale Bedeutung der Angestelltenfrage für die Organisationsarbeit der Gewerkschaften. Indem sie die innere berufliche, einkommensmäßige und karrieretechnische Vielfalt der Angestelltenberufe entsprechend Brauns Studie differenziert anerkannte, stellte die Entschliebung fest, dass es sich weder um eine »mittelständische Schicht noch eine neue besondere soziale Klasse« handele.⁶⁸ Als praktische Leitsätze für die Organisationsarbeit folgerte die Entschliebung erstens, dass »die Organisation [...] elastisch genug sein« müsse, um die differenzierte Angestelltenschaft vertreten zu können. Die praktische Anerkennung der inneren Differenzierung der Angestelltenschaft fand ihren Niederschlag in der Forderung nach Differenzierung der Berufsgruppenarbeit. Zweites wesentliches Charakteristikum war die Betriebsorientierung. Ähnlich wie im Fall der von Klaus-Peter Wittemann untersuchten »Ford-Aktion« trug die in-

65 Klaus-Peter Wittemann, *Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren*, Marburg 1994; *ders.*, *Industriesoziologie und Politik am Beispiel von »Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein«*. Nachwort (1985), in: *Horst Kern/Michael Schumann*, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt am Main 1985, S. 323–350; *ders.*, *Industriesoziologie und IG Metall. Zum Verhältnis von »interner« und »externer« Sozialwissenschaft am Beispiel des Versuches einer betriebsnahen Gewerkschaftspolitik*, in: *Hülsdünker/Schellhase*, *Soziologiegeschichte*, S. 175–193.

66 Hans Bayer (Hrsg.), *Der Angestellte zwischen Arbeiterschaft und Management*. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund, Berlin 1961. An dieser Tagung nahmen international renommierte Angestelltenforscher und Industriesoziologen wie Fritz Croner, David Lockwood, Hans Paul Bahrdt, aber auch gewerkschaftliche Praktiker wie Werner Hansen teil. In Werner Hansens Beitrag lässt sich der Niederschlag der Braunschen Arbeit feststellen; vgl. *Werner Hansen*, *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten (in gewerkschaftlicher Sicht)*, in: *Bayer*, *Der Angestellte*, S. 203–219.

67 Entschliebung zur Angestelltenfrage [1962], AdsD, WWI Archiv/0378.

68 Ebd.

dustrie- und betriebssoziologische Expertise dazu bei, den Blick für die Verhältnisse vor Ort, in den Betrieben, zu öffnen und zu schärfen.⁶⁹ Drittens müsse die Tarifpolitik den tatsächlichen Verhältnissen (und damit ist gemeint: der inneren Differenziertheit der Angestelltenschaft) gerecht werden.⁷⁰ Viertens schließlich – und auch das bestätigt Ergebnisse zur Bildungspolitik in der IG Metall, wie sie zum Beispiel Wittemanns mikrohistorische Fallstudie vorgelegt hat – sollte die Bildungsarbeit verstärkt werden, um den »Angestellten wie den Arbeitern ein zeitgemäßes Bewusstsein ihres tatsächlichen gesellschaftlichen Standortes zu vermitteln«; hierzu wurden neue Formen gewerkschaftlicher Information gefordert, die helfen sollten,

»die Angestellten zu gewinnen und ihnen eine realistische Orientierung in der gegenwärtigen Gesellschaft zu ermöglichen [und] alle Versuche abzuwehren, durch Heraussprengung einer Arbeiter- und Angestelltenaristokratie im Sinne der Mittelstandspolitik die Reihen der Arbeitnehmerschaft bedeutend zu schwächen.«⁷¹

Diese Forderungen der »Entschließung zur Angestelltenfrage« wurden allem Anschein nach in die Tat umgesetzt; jedenfalls konnte der DGB der DAG die Vormachtstellung um die Organisierung der Angestellten streitig machen. Es gelang aber auch dem DGB nie, den realen Anteil der Angestellten in der Erwerbsbevölkerung in seiner Mitgliedschaft abzubilden.⁷²

V. FAZIT

Die Bedeutung der Studie zur »Angestelltenmentalität« von Siegfried Braun und Jochen Fuhrmann lag nicht nur im fertigen Werk und nicht allein in den Zwischenberichten, sondern darin, dass die sozialwissenschaftlich untermauerten Ergebnisse in einen fortlaufenden, sachorientierten Kommunikationsprozess eingebracht wurden, indem Braun und Fuhrmann in Vorträgen, bei verschiedenen Schulungen, in Form von Broschüren, wissenschaftlichen Aufsätzen, Zeitungsbeiträgen und Diskussionen auf Gewerkschaftstagen die wissenschaftliche und weitere Öffentlichkeit erreichten. Dadurch wurde das Wissen des gewerkschaftlichen Funktionsapparats über die sich abzeichnenden Veränderungen der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft erheblich erweitert.

So problematisch die Wirkungsfrage immer wieder erscheinen mag, lässt sich doch feststellen, dass sich die Argumente und die begrifflichen Elemente der Expertise in konkreter gewerkschaftlicher Politik niederschlugen. Die Adaption des Wissens, der übermittelten Wissensformen und des sozialstatistischen Arguments sowie der soziologisierenden Argumentation lässt sich in Tagungsbeiträgen von Gewerkschaftsfunktionären wie Werner Hansen nachweisen. Auch die qualitativen Deutungen haben ihren Niederschlag in den Stellungnahmen des Gewerkschaftsapparats gefunden. Langfristig konnten diese Deutungen im Feld der Wissenschaften etabliert werden und durch wissenschaftlichen Austausch innerhalb der Studienkommission für Angestelltenfragen anderen deutungsmächtigen Soziologen vermittelt werden.

Innerhalb der Gewerkschaften hatte die Expertise verschiedene Funktionen. Die erste Funktion war eine Mobilisierungsfunktion, die zum Beispiel über die in Broschürenform

69 Ebd.; vgl. *Wittemann*, Ford-Aktion.

70 Entschließung zur Angestelltenfrage.

71 Ebd.

72 Vgl. *Anke Hassel*, Organisation: Struktur und Entwicklung, in: *Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels*, Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S. 102–121, hier: S. 107; *Bernhard Ebbinghaus*, Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, in: ebd., S. 174–203, hier: S. 182 ff.; vgl. zu Mitgliederstruktur, Organisationsgraden und Struktur der Erwerbsbevölkerung *Michael Schneider*, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, 2., überarb. und aktual. Aufl., Bonn 2000, S. 600, Tabelle 6b.

niedergelegten Argumente den Apparat der DGB-Gewerkschaften betraf, der die Werbungsanstrengungen um Angestellte in Konkurrenz zur DAG verstärken sollte. Die zweite Funktion war die Legitimierung einer bestimmten gesellschaftspolitischen Vorstellung, wonach Angestellte keine Sonderstellung im Produktionsprozess einnehmen, sondern mit den Arbeitern eine Einheit bilden und darum auch in einer einheitlichen, nach dem Industrieverbandsprinzip organisierten Gewerkschaft zu vertreten seien. In diese Überlegungen gingen klassentheoretische Einsichten des Linksozialisten Braun ein. Aus der Einheit der Arbeitnehmer folgt die dritte Funktion, nämlich die argumentative Unterstützung eines spezifischen organisationspolitischen Leitbilds in Abgrenzung zur DAG. Durch das soziologisierende Argument wurden die gewerkschaftliche Arbeit und die Auseinandersetzung mit der DAG versachlicht, reaktionäre und elitäre Expertisen wie die Karl Valentin Müllers delegitimiert.⁷³

Mit den Studien zur Mitbestimmung in den 1950er Jahren und zur Angestelltenfrage in den 1960er Jahren wurde das Medium der Umfrage als Mittel der gewerkschaftlichen Selbstthematisierung etabliert, wobei die Verantwortung für die Umfragen von der professionalisierten Eigenproduktion im gewerkschaftlichen Milieu am WWI der Gewerkschaften hin zu professionellen Umfrageinstituten wechselte. Es handelte sich bei diesen Studien des DGB um einen wichtigen Bestandteil der Verteidigung des Leitbilds der Einheitsgewerkschaft und des Organisationsprinzips der Industriegewerkschaft. Dazu war es notwendig, die Definitionsmacht konkurrierender Expertengruppen, die etwa der DAG oder dem Arbeitsministerium nahestanden und die im Feld der Politik ein hohes Renommee besaßen, zu brechen, um so der eigenen sozialpolitischen Position und der Forderung nach weitergehender sozialpolitischer »Nivellierung« gegen die verbreiteten Nivellierungs- und Entdifferenzierungsängste Gehör zu verschaffen. Ausgehend von der institutionellen Einbindung im WWI, über die Synchronisierungsbemühungen innerhalb der Studienkommission für Angestelltenfragen bis hin zur Kooperation mit den jüngeren industriesoziologischen Berufskollegen und angehenden Professoren im Arbeitskreis der Industriesoziologen konnten zentrale Vorstellungen gewerkschaftlicher Orientierung seitens des DGB im Diskurs gestärkt werden.

Die in der »Entschließung zur Angestelltenfrage« von 1962 ins Gespräch gebrachten organisationspolitischen Leitsätze gingen zurück auf die langfristig bestehende Diskurskoalition der Akteure um Werner Hansen, Siegfried Braun und Burkart Lutz. Sie verband Akteure, die in den Anfangsjahren der »Gesellschaft für soziale Betriebspraxis« und dann in der Hans-Böckler-Stiftung, im DGB-Bundesvorstand und in der fachwissenschaftlichen Sektion der Industriesoziologen beheimatet waren, zu einer Gruppe, deren Arbeit zur Umdeutung des Arbeiter-Angestellten-Verhältnisses sehr viel beigetragen und mittelbare Wirkungen bis heute hat.

Der zu beobachtende Denkstilwandel zeigt sich in der langsamen Durchsetzung relational statt substanzialistisch argumentierender Deutungsansätze. Während in den 1950er Jahren in den politischen Expertengremien des Bundesministers Schäfer und der Arbeitsgruppe »Sonderprobleme der Sozialordnung« des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung die Ansätze Karl Valentin Müllers, vermittelt über die Politik der DAG, noch eine Rolle spielten, konnten sie in den 1960er Jahren nicht mehr Raum greifen. Alternative Deutungen wie die Siegfried Brauns (beziehungsweise von diesem an das Ministerium vermittelte, funktionalere Deutungsvarianten wie Fritz Croners Theorie) setzten sich durch. Von einem generellen Sieg der gewerkschaftlichen Diskurskoalition zu sprechen, würde zu weit führen, dennoch konnten sich gewerkschaftsnahe Deutungen in größerem Umfang etablieren und führten zu einer Pluralität von Deutungsansätzen bei einem gleichzeitig sich vereinheitlichenden Methodenverständnis, das für empirische Überprüfbarkeit einstand.

73 Zur Ideengeschichte des Elitendenkens in der Bundesrepublik vgl. *Morten Reitmayer*, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.